

Wort zum Wochenende

(Beitrag der ACK Baden-Baden im Badischen Tagblatt)

Samstag, 17. Juni 2023

„Kirche und Politik“

Der 17. Juni war ein Feiertag, der immer wieder in unserer Familie thematisiert wurde. Von den Protesten der Arbeiter in der „Ostzone“ wurde erzählt, die gegen die Erhöhung der Arbeitsnorm und für freie Wahlen demonstriert hatten. Spürbar war für mich die Verachtung in meiner Familie gegenüber einem Staat, der mit Hilfe der sowjetischen Armee gegen die eigene Bevölkerung vorging. Seit 1990 ist der 17. Juni kein Feiertag mehr.

Welche Rolle spielten die Kirchen? Sie waren im Jahr 1953 weltanschauliche Gegner des SED-Regimes und aus dem öffentlichen Leben weitgehend verdrängt worden. Im Juni standen Verhandlungen der Kirchen mit dem Staat an, um die Selbstständigkeit der Kirchen zu erhalten. So sagten die Kirchen zu, sich aus politischen Angelegenheiten herauszuhalten. Trotzdem waren engagierte Christen, vor allem junge Leute, an den Protesten am 17. Juni beteiligt (Quelle: Wolfgang Tischner, Konrad-Adenauer-Stiftung).

Bei den Demonstrationen in der DDR 1989 haben die Kirchen eine wichtige Funktion gehabt. Von Friedensgebeten gingen die Proteste aus, die immer größer wurden. Die Kirchen hatten Raum für kritisches Denken und das Engagement für Demokratie gegeben. „Auf Kerzen und Gebet“ war der Staat nicht vorbereitet gewesen, die Sowjetunion schickte keine Panzer. Die Friedliche Revolution nahm ihren Lauf.

Aber auch in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, verlieren Christinnen und Christen nicht ihre Bedeutung. Welche Aufgabe hat der Mensch aus christlicher Perspektive? Die Bibel beschreibt die Menschen als Ebenbilder Gottes, die stellvertretend für Gott auf Erden wirken. Die Geschichte vom Auszug aus Ägypten lehrt uns die Bedeutung der Freiheit, die Propheten fordern Gerechtigkeit. Jesus erwartet das Unerfüllbare: die Feinde zu lieben.

Einfacher, als sich gesellschaftlichen Fragen zu stellen, ist es, ganz persönlich ein wenig spirituell zu sein, in der Natur Gott zu suchen oder zu einer Gemeinde zu gehören, die politische Fragen ausklammert. Dann brauchen wir uns gegen Armut, Krieg und die Zerstörung unserer Lebensgrundlage auch nicht zu engagieren.

Beim Evangelischen Kirchentag, der am 11. Juni zu Ende gegangen ist, wurde viel diskutiert über den Weg zum Frieden und die Bewältigung der Klimakrise - jenseits vom Schwarz-Weiß-Denken. Wie die christliche Botschaft in die Welt getragen werden kann, gestaltet sich immer wieder als Herausforderung.

Der Kirchentag war wieder politischer. Gut so!

Susanne Bahret

(Pfarrerin im Schuldienst an der Klosterschule vom Heiligen Grab)